

Die Idee der deutschen Einheit

Andreas Wirsching

Auf die Frage, wie alt die Idee der deutschen Einheit sei, kann man sehr unterschiedliche Antworten geben. Dass z. B. das Heilige Römische Reich im 15. Jahrhundert den Zusatz „Deutscher Nation“ erhielt, signalisiert ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen innerhalb des multinationalen Reichsverbandes.¹ Und ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass schon die sogenannten „Gravamina der deutschen Nation“ ein gegen Rom gerichtetes Bewusstsein widerspiegelten, das die Einigkeit der Deutschen gegen das „Welsche“ akzentuierte.² Zugleich freilich gilt es wachsam zu sein gegen die Versuchung, spätere „moderne“ Entwicklungen rückwirkend in die Geschichte hineinzulesen. Nationalistische Indienstnahmen des „deutschen Mittelalters“ oder auch der „deutschen Reformation“ gehörten insbesondere zu den Markenzeichen der borussisch-kleindeutschen Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts und sind aus heutiger Sicht überholt. Bei der Frage nach der „Idee der deutschen Einheit“ empfiehlt es sich daher, sich auf die Zeit vom späten 18. bis zum 20. Jahrhundert zu konzentrieren. Die Geschichte ganz Europas ist während dieser Zeit von einer unaufhaltsamen Tendenz zur kulturellen und politischen Nationsbildung geprägt. Fast überall in Europa entstehen im 19. Jahrhundert die nationalen Mythen, die Einheit verbürgen und Zukunft sichern sollten.³ Deutschland macht in dieser Beziehung keine Ausnahme, wengleich es bei der deutschen Idee der Einheit eine Vielzahl von Eigenheiten zu berücksichtigen gilt.

Im Folgenden präsentiere ich vier Gedankengänge: Einigen knappen Bemerkungen zu Entstehung und Charakter der Idee von der deutschen Einheit um 1800 (I) folgt die Diskussion der Grundelemente dessen, was man als föderative Idee der deutschen Einheit bezeichnen kann (II). Der dritte Abschnitt wird sich mit den Gründen und Abgründen der

1 | Vgl. hierzu nach wie vor Karl Zeumer: *Heiliges römisches Reich deutscher Nation. Eine Studie über den Reichstitel*. Weimar 1910, insbes. S. 17–20.

2 | Zusammenfassend Eike Wolgast, Art.: *Gravamina nationis germanicae*, in: *Theologische Realenzyklopädie*. Bd. 14. Berlin 1985, S. 131–134.

3 | Eindrücklich hierzu Monika Flacke (Hg.): *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*. 2. Aufl. München u. a. 2001.

kleindeutschen Idee der deutschen Einheit beschäftigen (III), ehe sich ein vierter Gedankengang dem widmet, was sich als europäische Idee der deutschen Einheit fassen lässt. Sie hat sich seit den 1960er Jahren etabliert und bestimmt unsere Gegenwart (IV).

I.

Man kann sich leicht darüber einigen, die Zeit um 1800 als historische Wasserscheide zu betrachten. Im späten Heiligen Römischen Reich war es ohne große Verrenkungen möglich, zwei Dinge miteinander zu vereinbaren: einerseits einen Landespatritismus zu pflegen, der sich auf das eigene politische Territorium bezog; andererseits in dem Bewusstsein von der kulturellen Einheit aller Deutschen zu leben. Diese schon dem 18. Jahrhundert eingeschriebene Balance zwischen politischem Föderalismus und Kulturnation begründete einen spezifischen und typischen Entwicklungsweg, ja geradezu eine langfristig wirksame Pfadabhängigkeit für die Idee der deutschen Einheit. Denn diese Idee wies in ihrem historischen Kern eine gleichsam duale Struktur auf. Das Politisch-Partikulare kann durchaus mit der Vorstellung von der Einheit der deutschen Nation zusammengedacht werden. Historisch betrachtet, impliziert die Idee der kulturellen Einheit der Deutschen daher nicht notwendig die Idee ihrer staatlichen Einheit. Auch nach der Reichsgründung von 1871 ließ sich zum Beispiel die Loyalität für das Königreich Württemberg ohne Weiteres verknüpfen mit der feierlichen Begehung des nationalsten aller Nationalfeiertage, des Sedantags.⁴

Gleichwohl veränderte sich die Balance seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Das Heilige Römische Reich hatte den Deutschen so etwas wie ein institutionelles Dach gegeben, unter dem sich eine „vorgestellte“ nationale Gemeinschaft ausbreiten konnte.⁵ Der Zusammenbruch des Reiches, Napoleons Herrschaft über Deutschland, schließlich die Befreiungskriege verschoben allerdings langfristig die Koordinaten der Nationsbildung und damit auch die zentralen Ideen von deutscher Ein-

4 | Alon Confino: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918*. Chapel Hill 1997. Vgl. auch Celia Applegate: *A Nation of Provincials: The German Idea of Heimat*. Berkeley u. a. 1990.

5 | *Zur Nation als „vorgestellter Gemeinschaft“* Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/Main u. a. 1996 (englische Erstausgabe 1983).

heit. Nach der Jahrhundertwende stellte das untergehende Alte Reich keine einheitsverbürgende Größe mehr dar, und nach 1806, im Grunde schon seit 1795, entschwand jede realistische Chance zur Restauration. In seiner Denkschrift zur deutschen Verfassungsfrage vom Dezember 1813 gab Wilhelm Humboldt dieser Einsicht in die Unumkehrbarkeit der Entwicklung beredten Ausdruck: „Könnte die alte Verfassung wiederhergestellt werden, so wäre nichts so wünschenswert als dies, und hätte nur fremde Gewalt ihre in sich rüstige Kraft unterdrückt, so würde sie sich wieder mit Federkraft emporheben. Aber leider war ihr eignes langsames Ersterben selbst hauptsächlich Ursache ihrer Zerstörung durch äußere Gewalt, und jetzt, wo diese Gewalt verschwindet, strebt keiner ihrer Teile anders als durch ohnmächtige Wünsche nach ihrer Wiedererweckung.“⁶

In den Vordergrund rückten Humboldt und mit ihm unzählige andere nunmehr die Idee von einer deutschen Nation, die das Recht auf staatlich-politische Selbstbestimmung beanspruchte. Die Entstehungsumstände der nationalen Bewegung in Deutschland sind allgemein bekannt. Trotz aller Eigenheiten, die sie aufwies, folgte sie indes einem europäischen Trend. Denn die moderne Idee der Nation und der nationalen Einheit entstand stets in Abgrenzung des „Eigenen“ vom „Anderen“, dem „Fremden“, ja sogar dem „Feindlichen“. Die Konstruktion von Identität implizierte die gleichzeitige Konstruktion von Alterität. Das galt schon für die Erfindung der französischen Nation in der Revolution von 1789, die sich in feindlicher Abgrenzung von den ständischen Gewalten in Frankreich und den als ebenso feindlich perzipierten Mächten Europas vollzog. Auch die britische Nationsbildung war im 18. Jahrhundert untrennbar verknüpft mit der Abgrenzung vom „Anderen“. Die britische „Nation“ verstand sich als protestantisch und vor allem als antifranzösisch. Großbritannien als die erste Seemacht und Frankreich als die erste Landmacht führten über das ganze 18. Jahrhundert hinweg immer wieder Krieg miteinander. Der britische Löwe und der gallische Hahn waren die häufig dargestellten Symbole dieses Kampfes, in denen sich die jeweilige Idee der nationalen Einheit abbildete.⁷

6| *Wilhelm von Humboldt: Denkschrift für den Freiherrn vom Stein, Frankfurt, Dezember 1813, in: Manfred Botzenhart (Hg.): Die deutsche Verfassungsfrage 1812–1815. Göttingen 1968, S. 18–24, hier S. 20f.*

7| *Insgesamt hierzu Linda Colley: Britons. Forging the Nation 1707–1837. New Haven 1992.*

Die neuere, nationale Idee der deutschen Einheit ist dagegen untrennbar verbunden mit der Erhebung gegen Napoleon, und diese Erhebung ist geradezu ein kulturgeschichtliches Musterbeispiel für Identitätsgewinn durch die Konstruktion von Alterität. Erst die Erfahrung des „Anderen“ – der französischen Herrschaft – transformierte die Idee der deutschen Einheit und verschob dauerhaft deren Balance. Entsprechend bereitete die Erfahrung des Krieges gegen Napoleon den Boden für die Stichwortgeber des frühen deutschen Nationalismus wie Ernst Moritz Arndt und Johann Gottlieb Fichte. „Lediglich der gemeinsam Grundzug der Deutschheit“ sei es, so unterstrich Fichte 1808, „wodurch wir den Untergang unsrer Nation im Zusammenfließen derselben mit dem Auslande abwehren und worin wir ein auf ihm selber ruhendes und aller Abhängigkeit durchaus unfähiges Selbst wiederum gewinnen können.“⁸ Und Arndt interpretierte den (Befreiungs-)Krieg gegen Frankreich als gesamtdeutsches Ereignis, als populäres Erwachen, das ein gesamtdeutsches, über die Einzelstaaten und -dynastien hinausgehendes Bewusstsein schuf. Am Ende stand eine programmatische Idee von der deutschen Nation, die sich in dreifacher Weise äußerte. Erstens erhob Arndt einen territorialen Anspruch – „so weit die deutsche Zunge klingt“; zweitens stellte er die politische Nation über die Herrschaft der Fürsten, womit er den in der deutschen Nationalbewegung spürbaren „linken“, gegen die Dynastien gerichteten Untertönen Ausdruck verlieh. Drittens schließlich gründete Arndt seine Idee von der deutschen Einheit auf eine scharf antifranzösische Identitätskonstruktion, wie er sie für ganze Generationen gleichsam gültig formulierte:

„Das ist des Deutschen Vaterland,
 Wo Zorn vertilgt den welschen Tand,
 Wo jeder Franzmann heißet Feind,
 Wo jeder Deutsche heißet Freund –
 Das soll es sein!
 Das ganze Deutschland soll es sein!“⁹

8 | *Johann Gottlieb Fichte: Reden an die deutsche Nation. Mit einer Einleitung von Reinhard Lauth. Hamburg 1978, Erste Rede (1808), S. 13.*

9 | *Aus: Ernst Moritz Arndt: Des Deutschen Vaterland (1813), in: Heinrich Meisner (Hg.): Ernst Moritz Arndts ausgewählte Werke in sechzehn Bänden. Bd. 3: Gedichte II. Leipzig 1908, S. 25f. Zur Rezeptionsgeschichte Arndts siehe Thomas Vordermayer: Die Rezeption Ernst Moritz Arndts in Deutschland 1909/10 – 1929/30 – 1934/35, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 483–508.*

Allerdings wäre es verkehrt, in diesen Aufbruch der deutschen Nationalbewegung einen historischen Sinn hineinzulesen, der in direkter Linie von 1813 zu 1871 hinführt. Erstens muss man deutlich unterscheiden zwischen den bildungsbürgerlichen Identitätskonstruktionen der frühen deutschen Nationalisten und den tatsächlichen Verhältnissen und Antriebskräften in den deutschen Staaten. Beides war keineswegs deckungsgleich, und selbst in Preußen fand 1813 – wie Jörg Echternkamp zugespitzt formuliert hat – „die deutsche Erhebung“ nicht statt.¹⁰ Auch war der Krieg gegen Frankreich nicht der „Volkskrieg“, zu dem ihn die spätere Mythologie machte.¹¹ Vielmehr trug er Züge eines dynastischen Krieges; eines Krieges, der keineswegs überall einhellige Begeisterung hervorrief und der über weite Strecken von der alten preußischen Armee geschlagen wurde. Zweitens wirkte die Idee des alten Reiches mit seinen föderativen Strukturen weitaus stärker fort, als es die spätere kleindeutsche Nationalgeschichtsschreibung wissen wollte. Als regulative Ordnungsidee blieb sie vor allem in den süddeutschen und katholischen Gebieten des Deutschen Bundes virulent. Dies waren die Quellen, aus denen sich drittens die Alternativen zu einer auf den kleindeutschen Nationalstaat hin orientierten Entwicklung speisten.

II.

Das Bündel dieser Alternativen lässt sich als *föderative Idee* der deutschen Einheit bezeichnen. Noch während der 1850er Jahre wies nicht viel darauf hin, dass sich eine nationalstaatliche Idee der deutschen Einheit durchsetzen würde. „Kein besonnener Mann“, so diagnostizierte Herders Conversations-Lexikon 1854, „erwartet wohl je in aller Zukunft einen einheitlichen deutschen Staat, das verbietet die Gegenwirkung des Auslandes, der Gegensatz der Katholiken und Protestanten, die Macht Preußens, die noch vorhandene Eigenthümlichkeit der süddeutschen und norddeutschen Stämme, aber eine stärkerer deutscher Bund ist recht wohl denkbar, ein Bund, der die nationalen Lebensbedürfnisse

10| Jörg Echternkamp: *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1940)*. Frankfurt/Main u. a. 1998, S. 216–219. Vgl. mit ähnlicher Stoßrichtung im Hinblick auf Südwestdeutschland Ute Planert: *Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag, Wahrnehmung, Deutung, 1792–1841*. Paderborn 2007.

11| Frank Becker: *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*. München 2001.

(nationales Recht, nationale Oekonomie, nationale Politik) befriedigt und dem Spotte der Fremden über Deutschland ein Ende macht.“¹²

Ein „stärkerer deutscher Bund“ – das hieß rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Einheit aller Deutschen ohne zentralistischen Nationalstaat, aber durchaus soweit gefestigt, dass eine Einmischung von außen nicht mehr möglich war. In dieser föderativen Idee von der deutschen Einheit trafen sich unterschiedliche Triebkräfte der deutschen Geschichte. Natürlich spielte der dynastische Gedanke eine wichtige Rolle. Aber dies tat er keineswegs nur im Sinne der beschränkten „Märchenwelt des Particularismus“, die Heinrich von Treitschke 1864 so wortgewaltig verhöhnte.¹³ Die süddeutschen Staaten verkörperten Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigenständige Pluralität. Sie wurzelte zwar im einzelstaatlichen Sonderbewusstsein, aber im Hinblick auf Wirtschaft und Kultur dominierte eine gesamtdeutsche Orientierung. So lehnte etwa Maximilian II. von Bayern bekanntlich die Paulskirchenverfassung ab; und danach wollte er vor allem das „bayerische Nationalgefühl auf alle Weise [...] heben“.¹⁴ Zugleich aber berief er eine Vielzahl protestantischer „Nordlichter“ nach München – Wissenschaftler und Dichter¹⁵ – und machte die bayerische Hauptstadt damit zu einer bedeutenden deutschen Kulturmetropole.

Eine zweite Hochburg der föderativen Einheitsidee war der Katholizismus. Wie nirgends sonst lebte hier auch nach 1815 noch die Tradition des Alten Reiches fort, was zugleich eine großdeutsche Ausrichtung implizierte. Aber bis gegen die Mitte des Jahrhunderts brachen sich auch hier viele ganz pragmatische Stimmen Bahn. 1847 etwa warnte der katholische Jurist und spätere Zentrumspolitiker Peter Reichensperger: „Die Zentralisierung aller Kräfte und Rechte der Nation in einem Brennpunkte“ sei „das Hauptwerkzeug der Staatsomnipräsenz und der Knechtung des Volkes“. Erforderlich seien daher „Dezentralisierung und

12 | Zitiert nach Dieter Langewiesche: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*. München 2000, S. 56.

13 | Heinrich von Treitschke: *Bundesstaat und Einheitsstaat (1864)*, in: *Ders.: Historische und politische Aufsätze. Bd. II: Die Einheitsbestrebungen zertheilter Völker*. 5. Aufl. Leipzig 1886, S. 78–241, hier S. 81ff.

14 | Zitiert nach Manfred Hanisch: *Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit*. München 1991, S. 1.

15 | U. a. Heinrich von Sybel, Wilhelm von Giesebrecht, Justus von Liebig, Felix Dahn, Emmanuel Geibel.

die Begründung möglichst vieler selbständiger Träger von Rechten als das wirksamste Förderungsmittel der Volksfreiheit“.¹⁶

Indes war auch für jemanden wie Reichensperger klar, dass bestimmte staatliche Funktionen wie das Militärwesen, Steuer-, Finanz- und Handelsgesetzgebung nur „in absoluter Einheit und Zentralisation“ gesichert seien und „daher jeder Zersplitterung und jedem Partikularismus ent-rückt“ sein müssten.¹⁷ Den Grundzug einer föderativen, auf Subsidiarität gegründeten Idee der deutschen Einheit kann man hier sehr gut ablesen: Ganz im Sinne eines engeren und funktionsfähigen Bundes mussten Kernfunktionen der modernen Staatlichkeit zentralisiert werden, um des Schutzes der Deutschen sowie um der Effizienz willen und damit sie auch wirklich allen Deutschen zugute kamen. Zwischen römisch-universal orientierten Katholiken und protestantisch dominierten nationalen Einheitsvorstellungen lagen also nicht nur die jahrhundertalte Kluft des deutschen Bikonfessionalismus, sondern auch pragmatische Verständigungsmöglichkeiten.

Schließlich kannte die föderative Idee der deutschen Einheit auch doktrinäre Zuspitzungen. Sie verbinden sich in erster Linie mit dem Namen Constantin Frantz, dem Pfarrerssohn, den eine eher problematische Laufbahn im preußischen Staatsdienst am Ende in einen lebenslangen Gegensatz zu Bismarck trieb. Dem entsprang manch helllichtige Kritik an der kleindeutschen Reichsgründung und den inneren Verhältnissen des Kaiserreichs. Aber Franzens Vorstellung, mit dem Föderalismus als quasi universalem Prinzip eine neue mitteleuropäische, multinatio-nale Friedensordnung zu schaffen, ging an den Realitäten seiner Zeit am Ende weit vorbei.¹⁸

16 | Peter Reichensperger: *Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie und des Rechts und in besonderem Hinblick auf Preußen und die Rheinprovinz, Trier 1847, hier zitiert nach den Auszügen in: Hans Fenske (Hg.): Vormärz und Revolution 1840–1849 (Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe). 3. Aufl. Darmstadt 2002, S. 230.*

17 | *Ebd.*, S. 231.

18 | Constantin Frantz: *Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland kritisch untersucht und konstruktiv dargestellt. Mainz 1879 (ND 1962). Vgl. auch Winfried Becker: Der Föderalist Constantin Frantz. Zum Stand seiner Biographie, der Edition und der Rezeption seiner Schriften, in: Historisches Jahrbuch 117 (1997), S. 188–211.*

Halten wir fest: Die föderative Idee der Einheit gehörte bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zum Kernbestand der politischen Kultur in Deutschland. Ihr Blick war auf das Konkrete, das geschichtlich Gewachsene gerichtet, und von hier aus machte sie die kulturelle und landsmannschaftliche Pluralität der Deutschen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Damit blieb sie weitgehend immun gegen allzu abstrakte Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und widersetzte sich später auch dem Abgleiten des Kaiserreichs in – ebenso abstrakte – Weltmachansprüche.

Dieter Langewiesche und andere haben gezeigt, wie die föderative Idee auch im Kaiserreich noch fortlebte.¹⁹ Und natürlich schrieb auch das Bismarckreich eine Fülle von föderalen Elementen fort, die sich an der politischen Geschichte seines Anfangs wie seines Endes ablesen lassen. 1871 war die deutsche Einheit staatsrechtlich nur durch einen Fürstenbund zu schmieden. Und 1918 bestätigte der Verlauf der Revolution die föderale Struktur des Deutschen Reiches. Anders als die Revolutionen von 1789, 1848 und 1917 nahm die Novemberrevolution ihren Ausgangspunkt nicht in der Metropole, sondern in der Provinz. Unter anderem diese Tatsache führte dazu, dass sich die Verfassungsidee von Hugo Preuß – den Ländern ihre Staatlichkeit zu nehmen und Deutschland in einen „dezentralisierten Einheitsstaat“ umzuwandeln – im Januar 1919 nicht durchsetzen konnte.²⁰

III.

Wenngleich also die föderative Einheitsidee zu keinem Zeitpunkt tot war, so trat sie doch spätestens seit den 1860er Jahren in den Hintergrund und musste der Hegemonie des borussisch-kleindeutschen Modells weichen. Dies führt zum dritten Punkt, der sich der kleindeutschen (oder borussischen) Idee der deutschen Einheit widmet. Zunächst dürfte außer Zweifel stehen, dass die Bildung eines deutschen Nationalstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Tagesordnung stand – und dass Preußen hierbei an vorderster Stelle am

19 | Dieter Langewiesche: *Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte*, in: *Ders.: Nation*, S. 55–81.

20 | Hugo Preuß: *Denkschrift zum Entwurf des Allgemeinen Teils der Reichsverfassung vom 3. Januar 1919*, in: *Ders.: Staat, Recht und Freiheit. Tübingen 1926*, S. 368–394.

Verhandlungstisch saß, entsprach ebenfalls einer historischen Logik. Als mit Abstand stärkste Wirtschafts- und vor allem Industriemacht in Deutschland kam Preußen notwendig eine politische Führungsrolle zu. Zollverein, Schwerindustrie und Eisenbahn entwickelten eine Schubkraft, die seit den 1850er Jahren ganz unabhängig von Bismarck auf Deutschland einwirkte. Insofern wäre – diese Hypothese darf man getrost aufstellen – eine wie auch immer geartete deutsche Einigung auch ohne Bismarck erfolgt.

Dieser strukturgeschichtliche Hintergrund muss bedacht werden, wenn wir verstehen wollen, warum gerade liberale Historiker in Deutschland so anfällig dafür waren, aus der kleindeutschen Idee der deutschen Einheit eine veritable borussische Legende zu stricken. Denn die meisten deutschen liberalen Historiker wussten sich noch den Prinzipien der Aufklärungshistoriographie verpflichtet; das heißt sie huldigten einer gegenwartsbezogenen, fortschrittsorientierten, „politischen“ Geschichtsschreibung. In Abgrenzung zu Rankes historischer Schule hatte der Historiker daher durchaus Partei zu ergreifen: Wissenschaftlich galt es zunächst das Allgemeine, das Universale in der Geschichte herauszuarbeiten und hieraus die Gesetzmäßigkeiten der Zeit abzuleiten; politisch konnte der Historiker dann auf um so sicherem Grund die richtige Partei ergreifen.²¹

Ihrem Selbstverständnis nach standen also die borussischen Historiker mit ihrer kleindeutschen Idee von der deutschen Einheit auf der Seite des wissenschaftlich erkannten Fortschritts. In gewisser Weise waren sie die deutschen Guizots und Macaulays; sie verkörperten die deutsche Variante einer *Whig interpretation of history*, das heißt einer Geschichtsbetrachtung, die die Vergangenheit stets in ihrem Bezug zur Gegenwart studiert. Nach 1848 standen Historiker wie Friedrich Christoph Dahlmann, Heinrich von Sybel, Heinrich von Treitschke und viele andere zunächst vor dem Zielkonflikt zwischen Einheit und Freiheit, wissenschaftlich jedoch vor dem Problem, dass der Verlauf der jüngsten Zeitgeschichte – das Scheitern der Revolution – ihre historischen Grundanschauungen in Frage stellte. Die Reichsgründung aber heilte ihr Di-

21 | Hierzu mit weiterer Literatur: Andreas Wirsching: *Liberale Historiker im Nachmärz. Georg Gottfried Gervinus und Heinrich von Sybel*, in: Helmut Koopmann (Hg.): *Deutsche Literatur und Kultur vom Nachmärz bis zur Gründerzeit in europäischer Perspektive*. Bielefeld 2003, S. 147–165.

lemma: Die gesetzmäßig fortschreitende Kontinuität in der Geschichte, die ihrer historischen Betrachtungsweise zugrunde lag, schien auf eine neue Ebene gehoben zu sein, ja ihren historischen Vollzug zu erfahren. Die borussische Historiographie wird damit in doppelter Hinsicht zu einem Schulbeispiel für die Gefahren, die für den Historiker in einer allzu engen Verbindung von Geschichte und politischer Gegenwart lauern. Diese Orientierung an der politischen Gegenwart verzerrte erstens den Blick auf die Vergangenheit. Sie verführte dazu, in die preußische Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts eine deutsche Sendung hineinzulesen und damit eine Art preußischer Legende zu begründen.

Zweitens trübte sie aber auch den Blick auf die Gegenwart selbst. Es ist häufig beschrieben worden, wie ein Großteil der Liberalen seit den 1860er Jahren stärker für die Macht als für das Recht optierten; sie ordneten der Einheit ihren Anspruch auf politische Freiheit unter und verehrten seit 1866 in Bismarck einen Helden, den sie zuvor zutiefst abgelehnt hatten.

Am Ende stand ein ideologisch vergrößertes Modell der deutschen Geschichte, das alle kennen – und tatsächlich haben es Generationen von Deutschen so oder ähnlich gelernt: Dem „Erwachen“ der Deutschen in den Befreiungskriegen folgte nach diversen Rückschlägen – vor allem 1848 – im Jahre 1871 der Höhepunkt der deutschen Nationalgeschichte und die Vollendung der Idee von der deutschen Einheit. Von der borussischen Geschichtsschreibung konstruiert und popularisiert, ist dieses teleologische Modell später vom völkisch-nationalistischen Lager missbraucht und seit den 1970er Jahren allmählich zu Grabe getragen worden. Es ist nicht nur ideologieanfällig, sondern hat auch über lange Zeit hinweg die vorhin erwähnten alternativen Ideen von der deutschen Einheit überdeckt.

IV.

Tatsächlich bedurfte die borussisch-kleindeutsche Idee, bevor sie ihre überragende Bedeutung verlor, erst der konsequenten rassistischen Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten – etwa im Sinne jener berühmt-berüchtigten Postkarte aus dem Jahre 1933 mit Friedrich dem Großen, Bismarck, Hindenburg und Hitler und dem suggestiven Satz: „Was der König eroberte, der Fürst formte, der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat“. Die Zeit nach 1945 charakterisierte daher eine Wiederaneignung alternativer Ideen von der deut-

schen Einheit, die dann seit den 1960er Jahren in sehr spezifischer Weise fortentwickelt wurden. Das betrifft zum einen die föderale Tradition, die – auch unter dem Druck der Alliierten – die westdeutsche Staatsbildung nach dem Krieg beherrschte. Wichtiger aber ist noch ein anderer Punkt: Er betrifft die *europäische Idee der deutschen Einheit*, mit der sich der wohl fundamentalste Paradigmenwechsel in der neueren deutschen Geschichte verbindet.

Hierfür muss man sich vor Augen halten, dass ja die Idee des Bismarck-Reiches nach 1945 trotz aller nationalsozialistischen Perversion keineswegs ad acta gelegt wurde. Für die meisten national denkenden Deutschen blieb die Idee des einigen, souveränen Nationalstaats in der Mitte Europas das Maß der Dinge.²² Aber wie hätte dies auch anders sein können? Gerade in dem sich abzeichnenden Verlust der Einheit, in der schmerzlichen Teilung des Landes, bezogen viele Deutsche ihre Identität einmal mehr in Abgrenzung gegen die europäischen Nachbarn: in Abgrenzung gegen Frankreich und in Abgrenzung gegen die Sowjets ohnehin. In der unmittelbaren Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik war dies ein lagerübergreifender Kammerton, auf den Konservative, Nationalliberale und auch viele Sozialdemokraten gleichermaßen hörten.

Erst vor diesem Hintergrund gewinnt Adenauers Wendung nach Westen ihr ganzes historisches Gewicht. Zum ersten Mal in der neuesten Geschichte wurde deutsche Identität konsequent nicht gegen das „Anderere“ in Europa konstruiert, sondern durch die Akzentuierung von Gemeinsamkeiten. Adenauer versetzte damit bekanntlich die Idee der deutschen Einheit in die zweite Reihe und ordnete sie der Idee der westlich geprägten Freiheit unter. Im Umkehrschluss hieß das: Die Idee der deutschen Einheit wurde europäisiert; ihre künftige Realisierung würde entweder ein europäisches Projekt sein oder sie würde gar nicht sein.

Bekanntlich führte diese Neuausrichtung zu erheblichen Konflikten, nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb der CDU/CSU, und man sollte sie nicht im Rückblick unter den Teppich kehren. Aber als seit Ende der 1950er Jahre die „Deutsche Frage“ international in den Hintergrund trat und der westdeutsche Anspruch auf Wiederver-

22| Für ein typisches Beispiel vgl. Hans-Georg von Studnitz: *Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik*. Stuttgart 1965.

einigung auf die Partner eher störend wirkte, überzeugten sich allmählich auch die Skeptiker: Die einzige Möglichkeit, an der Idee der deutschen Einheit festzuhalten, bestand darin, sie zu europäisieren und ihr damit die verlorengegangene Balance zwischen dem rein Partikular-Nationalen und den übergeordneten Bezügen zurückzugeben. Nicht mehr ohne oder gar gegen, sondern allein mit Europa war eine künftige Wiederherstellung der deutschen Einheit denkbar. Dies war die Ratio der Entspannungspolitik seit 1969/70, in der man keineswegs einen grundsätzlichen Gegensatz zur Ära Adenauer erblicken muss.

Je länger desto mehr verpflichtete sich also die westdeutsche Außenpolitik auf die strikte Gleichausrichtung nationaler und europäischer Politik. Am Ende eines dynamischen Prozesses der Entspannung und damit auch der Europäisierung könnte dann womöglich das alte deutsche Dilemma von Freiheit oder Einheit aufgelöst werden. Bestandteil dieser Politik der Bundesrepublik Deutschland war das erklärte Ziel, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Diese Formel aus dem Brief zur deutschen Einheit von 1970²³ wurde wieder und wieder repetiert; und dass sie geradezu zur Staatsräson der Bundesrepublik avancierte, bewies die nahtlose Kontinuität, mit der die Regierung Kohl/Genscher die eingeschlagene Politik fortsetzte.²⁴ Die Früchte dieser konsequenten Europäisierung der Idee von der deutschen Einheit konnten dann 1989/90 geerntet werden. Stets hatten Kohl und Genscher die Perspektive einer Überwindung der deutschen Teilung in eine unerbittliche Parallelität mit der fortschreitenden europäischen Integration gesetzt; nach dem Fall der Mauer konnte dies trotz aller Turbulenzen auf die westlichen Verbündeten und die östlichen Nachbarn beruhigend wirken.

23 | *Deutsch-Sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970. Brief zur deutschen Einheit*, in: *Auswärtiges Amt (Hg.): 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. Stuttgart 1989, S. 226.*

24 | *Vgl. hierzu Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher: Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.*

Resümee

Ohne Zweifel ist die Idee der deutschen Einheit über 200 Jahre hinweg virulent geblieben und hat sich als Vorstellung dessen, wie die Deutschen leben sollten, durchgesetzt. Zugleich aber sei daran erinnert, dass die Idee der deutschen Einheit ursprünglich eine duale Struktur in sich trug, das heißt eine Balance zwischen dem nationalen Einheitsgedanken und dem föderativen Gedanken. Die Akzeptanz des Konkreten, historisch Gewachsenen, das Beharren auf kultureller Vielgestaltigkeit, schließlich die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensordnung reicherten die Einheitsidee an und gaben ihr Halt in übergeordneten Bezügen.

Ohne diese duale Struktur, ohne eine innere Balance enthielt die Idee der deutschen Einheit nichts außer ihrer radikalen Partikularität. Die deutsche Einheit transportierte dann keine universale, über sich selbst hinausweisende Idee, sondern wurde anfällig für die Hybris, ja am Ende für die verbrecherische Selbstüberhebung. Darin unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von der Geschichte der westlichen Nachbarn. Sie kündigt nicht von Freiheit und Verfassung wie die britische Idee der Einheit; sie vermag kein republikanisches, auf Revolutionsmythos, Naturrecht und politischer Nation gründendes Pathos zu entfalten wie in Frankreich; und ebenso wenig ist ihr ein universales demokratisches Sendungsbewusstsein möglich, wie es die USA ausgeprägt hat. In allen diesen Fällen wurde die nationale Geschichte im 18. und 19. Jahrhundert mit verallgemeinerbaren Werten kombiniert und zu einer überaus deutungsmächtigen Synthese geschmiedet. Dadurch haben die modernen westlichen Demokratien eine entscheidende Vermittlungsleistung erbracht: nämlich das geschichtlich Gewordene, das Partikulare, zu akzeptieren und zugleich das Normativ-Universale zu institutionalisieren. Die Idee der deutschen Einheit hat erst mit ihrer konsequenten Europäisierung den Anschluss an diese westliche Entwicklung gewonnen und die ihr ursprünglich eingeschriebene Balance auf neue Art und Weise wiedergewonnen.